

Kritische Zusammenarbeit

Das neue Verhältnis von Staat und Kirche auf den Philippinen

Was hat sich seit der „Rosenkranz-Revolution“ auf den Philippinen politisch und gesellschaftlich verändert, wirklich oder nur scheinbar? Welche Rolle spielt die katholische Kirche, der die große Mehrheit der Bevölkerung angehört, zwei Jahre nach dem Sturz von Präsident Marcos? Diesen Fragen geht der folgende Beitrag zur gegenwärtigen Situation des asiatischen Inselstaates nach.

Der neuen Regierung unter Staatspräsidentin *Corazón Aquino* gelang es nach der „Rosenkranz-Revolution“ vom Februar 1986, das Land trotz fünf Putschversuchen in halbwegs demokratische Bahnen zurückzuführen. Frau Aquino genießt denn auch weiterhin das Vertrauen einer breiten Bevölkerungsmehrheit, wie zuletzt die Gouverneurs- und Kommunalwahlen vom Januar 1988 zeigten, als die Kandidaten des Regierungslagers rund zwei Drittel aller Mandate erhielten. Gleichwohl ist die politische Lage noch keineswegs stabil, zumal die Präsidentin bisher weder in der Eindämmung der Guerilla-Bewegung noch in der Verwirklichung sozialer und wirtschaftlicher Reformen entscheidend vorankam. So wächst allmählich die Ungeduld seitens des Militärs wie seitens jener, die sehnlichst darauf hoffen, daß sich ihre materielle Lage durch die Wiederherstellung des politischen und sozialen Friedens bessert.

Rückkehr der alten Oligarchie?

Auf den ersten Blick hat sich das *Parteiengefüge* der Philippinen seit dem Umsturz erheblich gewandelt. Die linke Opposition ist seit dem Machtwechsel, an dem sie keinen Anteil hatte, parlamentarisch bedeutungslos und artikuliert ihre Interessen allenfalls über die ihr nahestehenden *Gewerkschaften*. Auch das *konservative Lager* stellt nur etwa 20 % der Abgeordneten des Repräsentantenhauses sowie 2 von 24 Senatoren. Zudem ist es in Marcos-Anhänger, Parteigänger des ehemaligen Verteidigungsministers *Juan Ponce Enrile* und Vertreter kleinerer Gruppierungen des rechten Spektrums gespalten, die sich bislang nur temporär zu Zweckbündnissen zusammenfanden. Seit März 1988 versucht allerdings eine offizielle überparteiliche „Nationale Bewegung für Wiederaufbau und Überleben“, diesen Kräften eine gemeinsame Plattform zu bieten. Zu ihren Gründungsmitgliedern gehören prominente Politiker der Marcos-Ära, aber auch einige ehemalige Mitstreiter Frau Aquinos, darunter neben Enrile sogar der inzwischen weitgehend entmachtete Vize-Präsident *Salvador Laurel*.

Dessenungeachtet kann sich Frau Aquino weiterhin auf eine breite Allianz von Parteien der Mitte stützen. Deren linken Flügel repräsentiert die von ihrem Schwager *Paul Aquino* geführte *Lakas ng Bansa*-Partei, während die demokratische Partei ihres Bruders *José Cojuangco* sowie

die Liberale Partei des Senatspräsidenten *Jovito Salonga* eher den Konservativen zuneigen. Derartige Zuordnungen besitzen jedoch nur eine bedingte Aussagekraft, da diese Gruppen nicht über profilierte, gegenseitig abgegrenzte Programme verfügen. Darüber hinaus fühlen sich offensichtlich zahlreiche Volksvertreter weniger der jeweiligen Partei als vielmehr den Interessen ihrer eigenen sozialen Gruppen oder Clans verpflichtet, wie die häufigen Fraktionswechsel und gelegentliche Pakte mit Mitgliedern der Opposition zeigen.

Manche Beobachter befürchten deshalb eine allmähliche Rückkehr zur parlamentarischen Anarchie der 60er Jahre und verweisen darauf, daß die politischen Führungspositionen größtenteils erneut in der Hand jener Clans sind, die bereits vor Marcos weitgehend die Geschicke des Landes bestimmten. Tatsächlich gehören 70 % der Parlamentarier Familien an, die seit mindestens zwei Generationen hohe Amtsträger stellen resp. unter Marcos wichtige Funktionen ausübten, doch ist immerhin auch der Anteil unabhängiger Geschäftsleute (wie auch jener der Frauen) unter den Volksvertretern deutlich gestiegen.

Unübersehbar sind im übrigen leider Fälle von *neuerlicher Ämterpatronage*, indem etwa bei der Besetzung von Stellen in der Verwaltung Verwandte gegenüber fähigeren Bewerbern bevorzugt wurden. Der 24köpfige Senat richtete gar 36 Unter-Ausschüsse ein, was angesichts der Zahl benötigter Mitglieder wohl auch der „Versorgung“ von Anhängern und Verwandten diene. Immerhin hat sich Frau Aquino selbst von dieser Art „Familienpolitik“ distanziert. Ihr kam es denn auch nicht ungenügend, daß die Wähler manchem ihrer Verwandten, die bei den jüngsten Wahlen kandidierten, eine Abfuhr erteilten.

Reformpolitik am Scheideweg

Nach Jahren der Rezession verzeichneten die Philippinen 1987 wieder ein Wirtschaftswachstum von 5 %, doch bleibt die Lage insbesondere wegen der hohen Auslandsverschuldung weiter angespannt. Die Regierung hofft, dies durch die Förderung privater Unternehmens-Initiative, Re-Privatisierung von staatlichen Betrieben und eine Liberalisierung des Handels zu beheben. Allerdings war sie unter dem Druck internationaler Kredit-Organisationen auch zu unpopulären Maßnahmen gezwungen, etwa der Freigabe von Preisen für Energieträger, was naturgemäß die ärmeren Schichten (und damit 70 % der Bevölkerung) am härtesten traf.

Gerade die Landbevölkerung soll deshalb durch ein „Umfassendes Agrar-Reform-Programm“ entscheidend entlastet werden, das Frau Aquino am 22. 7. 1987 verkündete. Danach könnten 3,4 Millionen Bauern 5,4 Millionen Hektar Land erhalten. Hierbei ist vorgesehen, bis

1989 zunächst Staatsdomänen umzuverteilen sowie jene Ländereien, die im Zuge der 1972 (!) von Marcos eingeleiteten Reform noch nicht neu vergeben wurden. Erst 1992 käme auch der bis jetzt noch in Privathand befindliche Großgrundbesitz hinzu.

Die wichtigsten Details des Programms müssen jedoch noch parlamentarisch ausgehandelt werden. Hierzu gehört zunächst die Frage, welche Obergrenzen künftig für Privatbesitz gelten sollen. Diese könnten nach den vorliegenden Entwürfen je nach Nutzungsart des Bodens zwischen 3 und 24 Hektar liegen. Strittig ist zudem die Art der Entschädigung für die bisherigen Besitzer. Die von Frau Aquino favorisierte Lösung sieht vor, nur 10 % der Entschädigungssumme bar auszubezahlen, den Rest dagegen in einer 10-Jahres-Anleihe anzulegen, was die Betroffenen weitestgehend ablehnen. Sodann muß geklärt werden, wie man den Bauern den Landerwerb mit Krediten erleichtern könnte oder ob man den Besitz nicht gar eher Kooperativen übereignet. Und schließlich muß auch noch über jene lokalen Kommissionen entschieden werden, die in Streitfällen vermitteln sollen.

Vielfach wird bereits jetzt die Befürchtung laut, das Programm könne allzusehr „verwässert“ werden, da die Vertreter des Großgrundbesitzes die parlamentarischen Gremien dominieren. Nicht gerade hoffnungsvoll stimmt zudem, daß bis zum Stichtag der Registrierung für Privatbesitz im Februar 1988 nur 60 % der Eigentümer ihr Land angemeldet hatten. Unter ihnen war zwar auch die Staatspräsidentin, der etwa 6000 Hektar Land gehören, doch ansonsten folgten der Aufforderung vorwiegend jene Bauern, die ohnehin nur wenige Hektar besitzen. Entsprechend wird man das gesamte Gesetzeswerk u. U. kaum – wie ursprünglich geplant – bis zum Sommer 1988 im Parlament verabschieden können (vgl. Far Eastern Economic Review 10. 3. 1988).

Guerilla-Bewegungen in der Defensive

Die *Kommunistische Partei der Philippinen* war nach dem Sturz Marcos' äußerst irritiert, erreichte der Aufstand des Volkes doch ein von der KP propagiertes Ziel ohne deren Zutun. Die anfängliche Bereitschaft der Regierung zu Verhandlungen über eine Einstellung der Kampfaktivitäten bewog sogar zahlreiche der mittlerweile wieder 25000 Soldaten der „Neuen Volksarmee“, die Waffen auf Dauer niederzulegen. Derart in ihrer Basis bedroht, verlor die KP schließlich im Februar 1987 jegliches Interesse an weiteren Gesprächen mit Regierungsvertretern, zumal auch die Militärs nicht mehr zu weiteren Zugeständnissen bereit schienen.

Inzwischen haben sich in der KP-Führung nach erheblichen internen Auseinandersetzungen wieder die Befürworter eines verstärkten Konfrontationskurses durchgesetzt. Entsprechend will man die Untergrund-Arbeit in den städtischen Regionen intensivieren, deutlicheren Einfluß auf die legale Links-Opposition nehmen und durch vermehrte Angriffe auf US-Einrichtungen den latenten Anti-Amerikanismus großer Bevölkerungsteile

ausnutzen. Zugleich ist man um bessere Beziehungen zur internationalen kommunistischen Bewegung bemüht, von der man sich zeitweilig isoliert hatte, und angeblich plant die von der KP beherrschte „Neue Demokratische Front“ auch in absehbarer Zeit die Einrichtung einer „Provisorischen Regierung“ (vgl. Far Eastern Economic Review 17. 12. 1987).

Die in etwa 80 % der Provinzen des Landes operierende „Neue Volksarmee“ hat folglich vor allem ihre Aktivitäten im Norden der Philippinen verstärkt. Dies wiederum veranlaßte das Militär zu einem härteren Durchgreifen, und so mehren sich erneut die Klagen über Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung. Amnesty International erhob sogar kürzlich den Vorwurf, auf den Philippinen würden die Menschenrechte wie zu Zeiten Marcos' mißachtet, was Frau Aquino scharf zurückwies. Diese Haltung mag allerdings auch teilweise durch die Rücksicht gegen jene Militärkreise diktiert sein, denen sie ihre derzeitige Machtstellung verdankt und die ihrerseits mit der politischen Entwicklung der Philippinen in den beiden letzten Jahren recht unzufrieden sind. Immerhin läßt auch die Reorganisation der Armee auf sich warten, und zudem betreibt der neue Verteidigungsminister *Fidel Ramos*, der als möglicher Präsidentschaftskandidat für 1992 gilt, eine ziemlich eigenwillige Personalpolitik.

Zur Eskalation der Gewalt tragen im übrigen auch einige Gruppen der „Vigilantes“ bei, jener Bürgerkomitees, die vielfach mit Hilfe einzelner Militärs zum Schutz gegen kommunistische Angriffe ins Leben gerufen wurden. Sie sind in annähernd 100 Verbänden organisiert, deren größter über 10000 Mitglieder zählen soll. Mehrheitlich verfolgen sie durchaus legale Ziele, doch lassen sich einzelne wohl von einer recht unkontrollierten anti-kommunistischen Hysterie leiten.

Trotz all dieser Schwierigkeiten kann Aquino kleinere Erfolge in der Bekämpfung der nicht-marxistischen Aufständischen verzeichnen. So schloß schon nach dem Sturz von Marcos in Nord-Luzón eine von dem ehemaligen Priester *Conrado Balweg* geführte Widerstandsgruppe, die einer nationalen Minderheit angehört, mit der Regierung einen Waffenstillstand ab, nachdem letztere die teilweise Erfüllung von Autonomie-Forderungen in Aussicht gestellt hatte. Gleichwohl gibt es in dieser Region noch keinen dauerhaften Frieden, denn Balweg genießt nicht das Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit, und zudem wird seine Fraktion mittlerweile von der „Neuen Volksarmee“ bekämpft, mit der sie ehemals verbündet war.

Dagegen scheint eine Einigung mit Teilen der *muslimischen Separatistenbewegung* eher möglich, zumal diese untereinander heillos zerstritten ist und nur noch bedingt auf Hilfe aus der arabischen Welt rechnen kann. Die Regierung ist hier gleichfalls zur Gewährung einer begrenzten Autonomie bereit und setzte im März sogar für einige Provinzen einen Regionalrat ein, unter dessen 44 Mitgliedern 23 Muslime sind. Sollten die derzeit im Parlament behandelten Gesetzesentwürfe die Aufständi-

schen aber nicht zufriedenstellen, könnte der äußerst labile Waffenstillstand gleichwohl bald wieder hinfällig werden.

Die gestärkte gesellschaftspolitische Rolle der Kirche

Die katholische Kirche gehört bekanntlich zu den bedeutendsten Trägern des politischen Umschwungs auf den Philippinen (vgl. HK, April 1986, 169 ff). Entsprechend stieg nicht nur ihr öffentliches Ansehen, sie gewann auch an gesellschaftlichen Einflußmöglichkeiten. Dieser bedient sie sich allerdings sehr hinter den Kulissen, was keineswegs allein aus Rücksicht auf die in der Verfassung festgeschriebene Trennung von Kirche und Staat geschieht. Vielmehr will sie vermeiden, ihr Schicksal allzusehr mit jenem der Regierung Frau Aquinos zu verknüpfen, und so verfolgt sie weiterhin ihr Konzept der „kritischen Mitarbeit“, was ihr auch erleichtert, die Belange ihrer Gläubigen unabhängig zu vertreten.

Dennoch ist unübersehbar, daß weit mehr prominente Christen als früher die Politik der Staatspräsidentin mitbestimmen. So zählen zu ihren engeren Mitarbeitern einige angesehene Katholiken, die man gelegentlich salopp als „Jesuiten-Mafia“ bezeichnet, da sie Absolventen der Jesuiten-Universität von Manila sind. Darüber hinaus bedient sich Frau Aquino gerne kirchlicher Vermittlung in heiklen politischen Missionen. Einzelne Bischöfe waren z. B. an den Verhandlungen mit den Aufständischen beteiligt, andere wurden wiederum bei der Abwehr von Putschversuchen eingeschaltet. Kardinal *Jaime L. Sin* von Manila, der regelmäßig mit der Präsidentin konferiert, soll gar bei der Entmachtung Enriles „beihilflich“ gewesen sein. Allerdings sollte man bei all dem nicht auf einen übermächtigen katholischen Einfluß auf die Politik schließen, da mit Ramos und Salonga auch zwei prominente Protestanten hohe Funktionen im Staat bekleiden.

Ein gutes Beispiel für die eher diskrete, aber durchaus effektive Mitgestaltung der Politik durch Kirchenvertreter bietet die neue, im Februar 1987 in Kraft gesetzte Verfassung. Dem aus 48 Mitgliedern bestehenden Verfassungskomitee gehörten auch *sechs Repräsentanten kirchlicher Institutionen* an. Nicht zuletzt ihnen verdankt die Kirche, daß einige Punkte in die Konstitution aufgenommen wurden, die sie zu ihren besonderen Anliegen rechnet: die Betonung der Familie als Keimzelle des Staates, das Recht der Eltern auf Mitbestimmung in Fragen der Familienplanung und Kindererziehung, das Verbot der Abtreibung, die Integration des Religionsunterrichts in den Lehrbetrieb an staatlichen Schulen.

Vor allem der letzte Punkt ist insofern für die Kirche von erheblicher Bedeutung, als die Glaubensunterweisung bisher nur außerhalb des eigentlichen Schulbetriebs erfolgen durfte. Nun aber können auf Antrag der Eltern an den jeweiligen Schulen maximal 90 Minuten Religionsunterricht je Woche innerhalb der Schulstunden abgehalten werden, für deren Finanzierung und Durchführung

die Konfessionen jedoch selbst aufkommen müssen. Dies allerdings bedeutet für die Kirche eine neue Belastung, bräuchte man doch nach internen Berechnungen statt der bisherigen 4000 hauptberuflichen Katechisten deren 60 000, wollte man alle Schulen adäquat versorgen. Die Bischofskonferenz rief deshalb im Juli 1987 die Gläubigen zur Mithilfe auf – durch Geldspenden oder durch die Teilnahme an Ausbildungskursen für freiwillige Katechisten (vgl. Weltkirche 8/1987). Von protestantischer Seite wurde die neue Regelung im übrigen verhalten kritisiert, da man befürchtet, mangels Personal und finanzieller Mittel ins Hintertreffen zu geraten.

Kontroversen um die Reformpolitik

Ungeachtet der deutlich verbesserten Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat gibt es weiterhin einige gravierende Probleme im gegenseitigen Verhältnis. Hierzu gehört – wie schon zu Marcos' Zeiten – die *staatliche Familienplanung*. Man möchte Familien mit mehr als zwei Kindern steuerlich benachteiligen, Sterilisierung begünstigen und den Gebrauch von Verhütungsmitteln fördern, zumal dies den Bezug internationaler Kredite erleichtern könnte. Gegen diese Maßnahmen hat insbesondere das Komitee für Familienfragen der Bischofskonferenz in letzter Zeit mehrfach protestiert, beinhalten sie doch nach seiner Meinung eine indirekte, von der Kirche abzulehnende Geburtenkontrolle (vgl. UCA News 10. 2. 88).

Massive Kritik übte die Kirche auch an der schleppenden Behandlung der geplanten Agrarreform. Bereits im Juli 1987 verwies die Bischofskonferenz in einem speziellen Hirtenbrief darauf, daß 70 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebten, so daß nur eine radikale Reform wirklich Abhilfe schaffen könne. Man dürfe somit nicht nur den „überflüssigen“ Besitz umverteilen, sondern müsse „an die eigentliche Substanz“ gehen, wobei die Kirche selbst mit gutem Beispiel vorangehen wolle, ohne die ihr laut Verfassung zustehenden Sonderrechte in Anspruch zu nehmen. Zugleich warnten die Oberhirten allerdings auch vor gewaltsamen Landbesetzungen und mahnten die Gläubigen, den legalen Weg einzuhalten (vgl. Weltkirche 6/1987).

Angesichts der parlamentarischen Kontroversen um die Bodenreform betreibt die Kirche mittlerweile eine gezielte – und auch explizit so bezeichnete – Lobby-Politik. Ende Januar 1988 trafen sich führende Kirchenvertreter, unter ihnen Kardinal Sin und Erzbischof *Orlando Quevedo* von Kidanawan als Vorsitzender der Bischofskommission für Soziale Aktivitäten, mit fünf Senatoren, um ihnen eindringlich die Bedenken der Kirche gegen eine mögliche „Verwässerung“ des Programms vorzutragen. Zugleich erklärten sie die Bereitschaft der Kirche, an der Arbeit jener lokalen Organisationen mitzuwirken, die in strittigen Fällen der Umverteilung schlichten sollen (UCA News 3. 2. 88).

Des weiteren kamen ebenfalls Ende Januar die führen-

den Mitglieder der Bischofskonferenz zu einem intensiven Meinungsaustausch mit Frau Aquino zusammen, bei dem sie nicht nur dieses Problem erneut erörterten, sondern auch ihre Besorgnis über die wieder wachsende Korruption und Vetternwirtschaft äußerten. Hierdurch sei die Effizienz der Reformen ernstlich bedroht, was letztlich zu einem gefährlichen Vertrauensschwund in die Regierung führen könne. In diesem Zusammenhang sehen die Bischöfe auch die Risiken, die eine allzu bedenkenlose Industrialisierung und Agrarpolitik für die Umwelt birgt. In einem eigenen Hirtenbrief zu Fragen der Ökologie warnten sie im Januar eindringlich vor den Folgen der Umweltzerstörung und forderten die Gläubigen zu intensiver Mitarbeit mit gutwilligen staatlichen Stellen auf.

Für 1989 eine Synode geplant

Keine einheitliche Meinung herrscht allerdings in der Kirche hinsichtlich der Eindämmung der kommunistischen Bedrohung, und so vermeidet die Kirche auch offizielle Stellungnahmen zu den Aktivitäten der „Vigilantes“. Die überwiegende Mehrheit des Klerus dürfte jedoch Erzbischof *Ricardo Mabutas* von Davao zustimmen, der diese Gruppen als „legitimes Mittel im Kampf gegen den Kommunismus“ betrachtet (vgl. *Echange France-Asie*, Dossier 9/1987, S.23). Desgleichen rief Kardinal Sin mehrfach (zuletzt Ende Februar 1988) die Gläubigen zur Unterstützung jener Gruppen auf, die den Kommunismus *gewaltlos* bekämpften, betonte aber zugleich, das Militär sei ansonsten am ehesten in der Lage, den Aufständischen Einhalt zu gebieten (vgl. *Far Eastern Economic Review* 4. 3. 1988). Eine Minderheit von Kirchenführern insbesondere aus dem Süden des Landes sieht jedoch auch die Möglichkeit, daß derartige Gruppen sich allzu leicht der staatlichen Kontrolle entziehen könnten.

Eine härtere Haltung nimmt die Kirche im übrigen ge-

genüber jenen Angehörigen kirchlicher Institutionen ein, die sozialistischer oder gar marxistischer Tendenzen verdächtig sind. Zwar haben sich seit 1972 „nur“ etwa 50 (von rund 4500) Priester Bewegungen von Aufständischen angeschlossen (*UCA News* 10. 2. 88), doch betrachtet man begrifflicherweise auch diese Zahl als besorgniserregend. Den neuen Kurs bekam vor allem das „Nationale Sekretariat für Soziale Aktivitäten“ (NASSA) zu spüren, das die Bischofskonferenz Mitte der 70er Jahre zur Koordinierung von Projekten der Entwicklungshilfe eingerichtet hatte. Ihm warf man vor, Gelder und Waffen – die teilweise angeblich sogar aus der Bundesrepublik und den Niederlanden beschafft worden sein sollen – an kommunistische Gruppen weitergeleitet zu haben. NASSA-Vertreter bestritten dies entschieden, und tatsächlich ergab eine Untersuchung der Bischofskonferenz Mitte 1987 keinerlei Anhaltspunkte, die auch nur im geringsten die Verdachtsmomente bestätigt hätten. Dennoch beschloß die Bischofskonferenz Ende Januar 1988, das Sekretariat „vorsorglich“ umzustrukturieren. In Zukunft soll es sich nach den Worten seines neuen Leiters (und ehemaligen Sekretärs der Bischofskonferenz), Bischof *Francisco Claver*, wieder mehr der Betreuung lokaler Wirtschaftsprojekte widmen und z.B. weniger Programmen der politischen Bildung (*UCA News* 10. 2. 88). Im Gegenzug unternimmt die Kirche allerdings Anstrengungen, das sozialpolitische Engagement der Gläubigen auf anderen Wegen zu stärken. Hierbei setzt man auf eine intensivere Pastoralarbeit, in die man auch die Laien besser einbinden will. Desgleichen möchte man die Einrichtung von Basis-Gemeinden insbesondere im Norden der Philippinen sowie in städtischen Regionen fördern, da die Bewegung hier bisher nur wenig Fuß gefaßt hat. Einen wichtigen Meilenstein stellt dabei auch die für 1989 geplante Synode dar, die erste seit 1953. Man hofft, hiermit zu jener Umgestaltung der Gesellschaft im echten Geist des Evangeliums beizutragen, deren die Philippinen so dringend bedürfen.

Peter Drews

Kurzinformationen

Johannes Paul II. äußerte sich in zwei Schreiben zur 1000-Jahr-Feier der Taufe der Kiewer Rus.

Seinem am 22. März veröffentlichten Apostolischen Schreiben „*Euntes in mundum*“, das die Bedeutung der Christianisierung der Kiewer Rus für die Herausbildung eines slawisch geprägten Christentums hervorhebt und sich vor allem an die russisch-orthodoxe Kirche wendet, ließ der Papst einen Monat später das Schreiben „*Magnum baptismi donum*“ folgen, in dem er sich an die ukrainisch-katholische Kirche wendet. Die Veröffentlichung zweier Schreiben zur 1000-Jahr-Feier des Christentums in Rußland muß als Versuch gewertet werden,

einerseits die Beziehungen zur russisch-orthodoxen Kirche nicht über Gebühr zu belasten, andererseits aber auch die Solidarität mit der in der Sowjetunion seit 1946 verbotenen ukrainisch-katholischen Kirche zu bekunden. Schon das Schreiben „*Euntes in mundum*“, das einen historischen Rückblick auf die Anfänge des Christentums im ostslawischen Bereich unternimmt, spricht bewußt von den „orthodoxen und katholischen Erben der Taufe von Kiew“ und ruft zur Versöhnung beider Kirchen auf. Der Papst hebt aber auch hervor, es handle sich in besonderer Weise um das Fest der russisch-orthodoxen Kirche, die einen „Großteil des Erbes der alten christlichen Rus“ übernommen habe. In dem zweiten Doku-